



Rede zum
1. MAI 2025
„Mach dich stark mit uns!“

Jürgen Kerner,
Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Bremen, 1. Mai 2025

Es gilt das gesprochene Wort

IG METALL
Vorstand

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Ich komme aus Augsburg. Und das sind Worte meines Augsburger Lieblingsdichters Berthold Brecht.

Mach Dich stark mit uns – das ist das Motto des DGB zum Tag der Arbeit 2025.

Mach Dich stark – mach Du den Unterschied!

Kolleginnen und Kollegen,
wir erleben **einen massiven Wandel unserer Wirtschaft** –
durchaus vergleichbar mit der Industrialisierung im vorletzten
Jahrhundert.

Getrieben

- vom notwendigen ökologischen Umbau,
- von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz,
- von geoökonomischen Entwicklungen,
- aber auch von demografischen – Stichwort
Fachkräftemangel –
- und von der weiter zunehmenden Rolle der Finanzmärkte.

Jetzt läuft der Kampf um unsere künftige Wirtschaft und Industrie. Jetzt fallen die Entscheidungen über unsere Zukunft

Unter besch... – äh, bescheidenen – Bedingungen.

Die Konjunktur ist mau. Russland führt weiter Krieg gegen die Ukraine. Die Chefetagen schwadronieren über Verlagerungen.

Trump hebt Zölle drastisch an, setzt sie aus, führt neue, noch höhere ein. Das trifft die Bremer Wirtschaft mit Hafen, Logistik und Hafenverschiffung.

Führt der Gang der Geschichte zu einem libertären Kapitalismus mit autoritärer Herrschaft? Siehe USA.

Oder zu einem imperialen Staatskapitalismus mit autoritärer Herrschaft? Siehe China und Russland.

Russland führt Krieg, die Vereinigten Staaten verunsichern die Welt. Allen voran Europa. Stehen sie noch zur gemeinsamen Verteidigung? Ich würde nicht darauf wetten.

Union und SPD haben sich darauf geeinigt, richtig Geld in die Hand zu nehmen. Für Infrastruktur, aber auch Verteidigung. Dass es hier keinen Deckel geben soll, das irritiert. Dass wir bislang wenig Konzept sehen, das irritiert.

Seit dem Bundeskongress des DGB 2022 sagen wir, die Bundeswehr soll **vernünftig ausgerüstet** sein. Aber wir wollen **keine Aufrüstung!**

Wir widersetzen uns Vorstößen, dass äußere Sicherheit und soziale Sicherheit gegeneinander ausgespielt werden. Wer den Sozialstaat schleifen will, der hat uns als erbitterte Gegner!

Wir erwarten ein europäisches Sicherheits- und Verteidigungskonzept – notfalls auch ohne die USA. Aber inklusive Finanzierung. Die Menschen müssen wissen, woran sie sind.

Es nützt niemanden, jetzt die Rüstungsindustrie künstlich aufzupumpen und in drei, vier Jahren wieder abzubauen. Auch nicht den Beschäftigten der Branche hier in Bremen.

Ob Airbus DS, Lürssen, Atlas Elektronik oder Rheinmetall Electronics – als IG Metall vertreten wir selbstbewusst die Kolleginnen und Kollegen und rufen der Regierung zu: Sagt, was Ihr wollt und braucht! Aber lasst Euch nicht von Rüstungslobbyisten vorführen und ausnehmen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ja, der Kapitalismus lebt.

Wir haben ihn immer wieder gezähmt, die Arbeitsbedingungen enorm verbessert. Und wir haben die Mitbestimmung durchgesetzt.

Ohne all die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der letzten 130 Jahre sähe unsere Welt ganz anders aus!

Ihr Vermächtnis steht nicht nur in den Geschichtsbüchern. Ihr Vermächtnis lebt und gibt uns heute unsere Aufgaben vor. **Mach Dich stark mit uns!**

In Deutschland demonstrieren wir, ohne Verfolgung befürchten zu müssen. Doch in vielen Ländern werden Kolleginnen und Kollegen ins Gefängnis geworfen und sogar ermordet, nur weil sie sich für Arbeitnehmerinteressen einsetzen.

Ihr habt **Liza Merliak von Solidarnast** gehört. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen unsere Solidarität.

Ich möchte Euch deshalb für die **Aktion** gewinnen, die **die IG Metall in Kooperation mit Amnesty International und Solidarnast** heute auf vielen Maikundgebungen durchführt.

Die Kolleginnen und Kollegen sammeln Unterschriften unter Postkarten für die sofortige Freilassung von **Aliaksandr Yarashuk**, Vorsitzender des Bundes der unabhängigen Gewerkschaften von Belarus und Vizepräsident des Internationalen

Gewerkschaftsbundes. Das Regime hat ihn wegen seiner Gewerkschaftsarbeit zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Wir sammeln Unterschriften für die Freiheit von **Sharifeh Mohammadi** aus dem Iran, gegen die die Mullahs das Todesurteil verhängt haben, weil sie sich für den Aufbau von Arbeitnehmerorganisationen und für die Rechte der Frauen engagiert.

Gewerkschaftliche Solidarität kennt keine Grenzen. Unterstützt bitte die Aktion!

Solidarität wirkt, Kolleginnen und Kollegen.

Vor zwei Jahren haben wir Unterschriften für die belarussische Gewerkschafterin Palina Sharende-Panasiuk gesammelt. Palina war vier Jahre eingekerkert, zuletzt war sie lebensbedrohlich erkrankt. Im Februar konnte sie das Gefängnis verlassen und ihre Familie wiedersehen, auch dank des internationalen Drucks.

Kolleginnen und Kollegen,
wenn Gewerkschaften, wenn wir etwas erreichen wollen, dann kommt es auf die Menschen an. Auf die, die handeln, die sich nicht einschüchtern lassen. **Wir können unsere Zukunft gestalten.**

Denkt bitte kurz an die Endphase der Ampel zurück: Wenn Ihr Euch die Medienlandschaft erinnert, dann könntet Ihr meinen, Deutschland steht mit dem Rücken zur Wand, Deutschland ist am Ende.

Das ist falsch! Wir können unsere Zukunft gestalten!

Wir sind überzeugt, dass Industriearbeit und Klimaschutz **kein Widerspruch** sind.

Wir haben unser Ziel formuliert: eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft. Da wollen wir hin.

Die IG Metall hat dazu 11 Punkte notiert. 11 Punkte, die sich an Politik und Arbeitgeber richten.

Wir müssen die Zukunft der Industrie sichern – entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Hier werden die klimafreundlichen Produkte und Verfahren von morgen entwickelt.

Die Arbeitgeber müssen sich zu unseren Standorten bekennen. Darum: Investieren. Hier. Schluss mit Arbeitsplatzabbau, Standortschließungen und Verlagerungen!

Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen, die Produktion von Wasserstoff konsequent vorantreiben.

Unsere **Forderung nach Investitionen** in die Infrastruktur haben Union, SPD und Grüne aufgegriffen. Aber das Steuersystem ist noch längst nicht gerecht: Spitzenverdienerinnen und -verdiener, Kapitaleinkommen und Vermögen müssen fair besteuert werden.

Fair heißt deutlich höher. Wir brauchen endlich eine Vermögenssteuer, die auf die wirklich hohen Vermögen zugreift.

Und **öffentliche Förderungen müssen an Bedingungen** geknüpft werden! Steuergeld nur gegen Tarifbindung, Standort- und Beschäftigungssicherung, Weiterbildung und Ausbildungsplätze!

Kolleginnen und Kollegen,

Industriepolitik ist wieder in aller Munde – in Berlin wie in Brüssel. Um es direkt – und gerade mit Blick auf die laufende Regierungsbildung in Berlin – vor auszuschicken: Es ist gelungen, für die Notwendigkeit, die Bedeutung und den Nutzen einer aktiven Industriepolitik zu werben. In Deutschland waren dafür am 15. März über 80.000 Menschen bei unserem Aktionstag in 5 Städten.

Ihre Botschaft mit Blick auf die Regierungsbildung in Deutschland:
Wir brauchen eine aktive, eine gestaltende Industriepolitik für die
Stärkung der Wirtschaft, für die Sicherung guter und gut
entlohnter Arbeit. Und für eine klimafreundliche Wirtschaft.

In der Tat: Bei den Investitionen ist Union, SPD und Grünen ein
echter Befreiungsschlag gelungen: Mit dem vereinbarten
Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für die Modernisierung
der Infrastrukturen haben wir nun die Möglichkeit, unser Land und
unsere Regionen wieder fit zu machen. Hier geht es um
Arbeitsplätze und Lebensqualität, um einen **echten**
Modernisierungsschub für Wirtschaft und öffentliches Leben.

Diese Investitionen müssen jetzt schnell kommen: in Schiene
und Straße, Digitalisierung und Klimaschutz, Energie- und
Verkehrsnetze – ebenso wie Investitionen in die Menschen – also
Bildung, Gesundheit und soziale Infrastruktur. Auch der
Sanierungsstau in unseren Kommunen muss dringend behoben
werden.

Kolleginnen und Kollegen, was genau mit dem Geld passieren soll,
ist noch nicht festgelegt. Ankündigungen retten noch keinen
Arbeitsplatz.

Wir wollen Taten sehen! Und zwar schnell!

Ihr wisst so gut wie ich: es ist 5 vor 12 – in einigen Bereichen leider schon 5 nach 12. Wir haben Tausende Arbeitsplätze verloren! Wir können uns keine Hängepartie leisten!

Jeden Tag erreichen uns neue Horrormeldungen. Stellenabbau, Verlagerungsabsichten.

Dagegen kämpfen unsere Betriebsräte und Vertrauenskörper.

Tag für Tag reiben sie sich auf. Für die Arbeitsplätze, für die Zukunft in den Regionen.

Kolleginnen und Kollegen,

Union und SPD wollen einen **Industriestrompreis**. Endlich! Wir fordern den seit Jahren. Bis Sommer muss er umgesetzt sein! Der Industriestrompreis hilft hier in Bremen auch den Kolleginnen und Kollegen in der Brauerei oder Kaffeeröstereien. Und natürlich im Stahl.

Kolleginnen und Kollegen,

Stahl ist für Bremen wichtig. Stahl ist eine für den Industriestandort Deutschland existenzielle Branche. Stahl steht am Beginn der Wertschöpfungskette. Stahl ist eine energieintensive Grundstoffindustrie.

Damit sind alle Herausforderungen beschrieben.

Wir brauchen die Stahlproduktion als Anfang vieler anderer Produkte – in den Mobilitätsbranchen vom Auto über die Bahn bis zum Schiff und Flugzeug, im Maschinenbau oder im Energieanlagenbau.

Wir müssen um die Stahlindustrie kämpfen, wir müssen sie in eine grüne Zukunft entwickeln.

Kolleginnen und Kollegen,
es ist gut, dass die **Koalitionsverhandlungen** zügig gelaufen sind.

Vieles, was dort vereinbart ist, liest sich auch **gut**:

- das Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland
- die Würdigung einer starken Automobil- und Zuliefererindustrie, die Förderung von Elektromobilität, Sonderabschreibungen auf E-Autos und der Ausbau der Ladeinfrastruktur
- die Bekenntnisse zu grünem Stahl und klimaneutraler Mobilität
- die Absicht, das Handwerk zu stärken
- erleichterte Verfahren und Sprachkurse, damit Fachkräfte aus dem Ausland besser in Deutschland ankommen können

Es ist auch so wichtig, dass endlich ein **Bundestariftreuegesetz** kommen soll. Also die Regel, dass der Staat nur Unternehmen beauftragt, die unter einen Tarifvertrag fallen.

Eigentlich ist es ein Skandal, dass es das noch nicht gibt. Unsere Steuergelder dürfen doch nicht bei irgendwelchen Lohndrückern aufs Konto gebucht werden! **Öffentliche Aufträge nur mit Tarifbindung!**

Kolleginnen und Kollegen,
wir haben erreicht, dass sich Union und SPD darauf verständigt haben, die **Mitbestimmung bei KI und Digitalisierung** zu stärken. Das ist ein großer Erfolg – und wir werden darauf drängen, dass dies auch schnell umgesetzt wird.

Aber, Kolleginnen und Kollegen,
ein Koalitionsvertrag ist erstmal nur Tinte auf Papier. Union und SPD müssen vom Verhandeln ins Handeln zu kommen.

Und es gibt **Punkte im Koalitionsvertrag, die gar nicht gehen.**

Eine wöchentliche **Höchst Arbeitszeit** statt des 8-Stunden-Tags lehnen wir ab. Das öffnet Missbrauch und Ausbeutung Tür und Tor. Und es macht krank! Unsere Gesundheit ist keine Verhandlungsmasse, Kolleginnen und Kollegen!

Was mit dem **Mindestlohn** passiert, wissen wir nicht. Die Union hat dazu offenbar einen anderen Text als die SPD. Als Gewerkschaften sagen wir daher laut und deutlich: Wir brauchen die Weiterentwicklung des Mindestlohns und damit seine Erhöhung auf 15 Euro.

Auch die Pläne für eine neue **Grundsicherung** für Arbeitssuchende überzeugen nicht. Strafen und Leistungsentzug sind ein Rückschritt, kein Aufbruch.

Die **Verschärfungen für Schutzsuchende und beim Asylrecht** sind falsch. Sie sind Ergebnis rechter Hetze und der schlimmen Migrationsdebatten der letzten Monate, die unser gesellschaftliches Klima weiter vergiften haben.

Die **Unternehmen bekommen Steuersenkungen** ohne Gegenleistungen. Wir wissen, was das in der Vergangenheit gebracht hat: Gewinne und Dividenden statt Lohnplus und Arbeitsplätze.

Kolleginnen und Kollegen,
wir werden uns **gegen jedes Vorhaben der Koalition wehren, mit der die Axt an den Sozialstaat gelegt** werden soll. Der Abbau von Arbeitnehmerrechten oder Kürzungen bei der sozialen Sicherheit – das ist mit uns nicht zu machen!

Mit dem Koalitionsvertrag ist es wie in **Star Wars**, Kolleginnen und Kollegen. Es gibt die helle und die dunkle Seite der Macht.

Lars Skywalker und Darth Söder haben verhandelt.

Wir werden sehr genau hinsehen, wie das weitergeht.

Unsere zentrale Forderung an Regierung und Parlament lautet:

Baut eine aktive Industriepolitik auf!

Das heißt:

- Rahmenbedingungen verbessern und Unternehmen beim Weg in die Klimafreundlichkeit flankieren
- Gezielt in Zukunftsindustrien investieren: Halbleiter, grüner Stahl, Batterie, Recycling
- Das sichert Arbeitsplätze und schafft neue!

Wir appellieren auch an die EU:

- Wehrt Handelskriege ab!
- Die USA machen die Märkte dicht. China flutet uns mit Billig-Stahl und künftig mit E-Autos.
- Chinesen und Amerikaner können hier gerne ihre Autos auf den Markt bringen.

- Aber dann sollen sie gefälligst in Europa und Deutschland mit europäischen Komponenten fertigen. Wir wollen keine Abschottung à la Trump und Xi, doch null Fertigung in Europa geht auch nicht!
- Wer hier verkaufen will, muss hier Arbeitsplätze sichern und schaffen! Und zwar Gute Arbeit.

Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit und anständige Tarifröhne – das ist unser täglicher Auftrag.

Besonders in der **Pflege** ist das Fachkräftepotenzial groß. Viele ausgebildete Pflegekräfte reduzieren aber ihre Arbeitszeiten oder verlassen den Beruf – dabei könnten laut Studien bis zu 583.000 Vollzeitstellen allein durch Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer besetzt werden.

Deshalb fragen wir: Warum bleiben offene Stellen in der Pflege, aber auch im Nahverkehr oder dem Bäckereihandwerk so lange unbesetzt?

Die Antwort liegt auf der Hand: **Es sind schlechte Löhne, katastrophale Arbeitszeiten und unzumutbare**

Arbeitsbedingungen, die viele abschrecken. Wer will sich schon gnadenlos ausbeuten lassen?

Kolleginnen und Kollegen,
im vergangenen Jahr haben wir es wieder geschafft, dass Millionen Kolleginnen und Kollegen ein **reales Lohnplus** im Geldbeutel haben. Und dies trotz der zum Teil noch immer hohen Preise. Die Gewerkschaften haben großartige Tarifabschlüsse durchgesetzt: Zum Beispiel im Baugewerbe ein Lohnplus von 17,1 Prozent. Der Spitzenreiter!

Unsere Solidarität ist weiter gefragt: Im Öffentlichen Dienst der Länder mit gut einer Millionen Kolleginnen und Kollegen, in der Leiharbeit mit 700.000 Beschäftigten oder in der Stahlindustrie stehen Tarifrunden an.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die sich im Kampf um die Zukunft der Arbeitsplätze, Gute Arbeit und eine anständige Entlohnung befinden, ein kraftvolles “Glück Auf”. Wir stehen solidarisch zusammen!

Kolleginnen und Kollegen,
an dieser Stelle möchte ich den **Arbeitgebern** einen freundlichen Hinweis geben.

Das **Streikrecht** ist das im Grundgesetz verankerte Grundrecht jeder und jedes Einzelnen. Wenn wir streiken, dann tun wir das mit

Fug und Recht – und zwar immer dann, wenn die Arbeitgeber sich nicht bewegen. Dann gibt es eben Druck!

Hände weg vom Streikrecht!

Kolleginnen und Kollegen,

mit **Tarifvertrag** gibt es mehr von allem: im Schnitt **12 Prozent mehr Lohn**, dazu mehr Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Auch bei Überstunden, Kurzarbeitergeld, bei der betrieblichen Altersvorsorge und vielem mehr gibt es bessere Regelungen.

Beschäftigte mit Tarifvertrag arbeiten im Schnitt **eine Stunde weniger pro Woche**. Das hört sich vielleicht erst einmal nicht nach viel an.

Aber schaut Euch mal an, was das hochgerechnet auf ein ganzes Erwerbsleben bedeutet. In Summe reden wir da bei Vollzeitbeschäftigten über sage und schreibe ein Jahr und zwei Monate weniger Arbeitszeit.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

oft wechseln Unternehmen im Arbeitgeberverband in eine **Mitgliedschaft ohne Tarifbindung**. Das sichert ihnen Beratung und Rechtsschutz, erlaubt aber Tarifflicht.

Und so mancher Verband wirbt auch noch dafür. In den letzten Jahren geht die Tarifbindung immer weiter zurück:

Inzwischen arbeitet **jeder zweite Beschäftigte in Betrieben ohne Tarifvertrag**.

Die Arbeitgeber nehmen ihre Verantwortung nicht wahr! Appelle verhallen seit Jahren. Wer nicht hören will, muss fühlen.

Die **Europäische Union hat eine Richtlinie** erlassen, die auch die Tarifbindung stärken soll: Wenn die Tarifbindung in einem Mitgliedstaat unter 80 Prozent rutscht, muss die Regierung einen Nationalen Aktionsplan vorlegen. Wir liegen in Deutschland deutlich unter 80 Prozent Tarifbindung.

Deshalb brauchen wir **dringend einen solchen Nationalen Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung!**

Kolleginnen und Kollegen,
aktuell nimmt der **Druck auf die Beschäftigten** stark zu. Da machen wir uns nicht vor.

Die **IG Metall Bremen** zum Beispiel führt einige Auseinandersetzungen:

- Arcelor Mittal als Dauerbrenner mit allen Themen, die im Stahl relevant sind und konzernspezifisch der Kampf um Investitionen
- Airbus Defence and Space mit der Restrukturierung und der Frage, ob es mit dem A400M weitergeht
- Das Bremer Traditionsunternehmen Gestra, bei dem der Konzern jetzt die Zerspannung verlagert, Investitionen für sind „on hold“ gesetzt, trotz Profitabilität des Bremer Werkes
- Verpasste Transformation bei Thyssen Krupp Automation Engineering – Abbau von 400 Arbeitsplätzen

Unsere aktuelle **Betriebsräte-Umfrage** unterstreicht das:

88 Prozent der Betriebsräte sehen Anpassungsdruck auf das bisherige Geschäftsmodell.

Aber gerade einmal 43 Prozent der Betriebe haben eine Strategie zur Transformation! Nur 30 Prozent der Betriebsräte sagen, dass am Standort ausreichend investiert wird.

Stattdessen setzen mehr Unternehmen auf Verlagerung ins Ausland. Ein Drittel plant mit Verlagerungen.

Kolleginnen und Kollegen,

eine Tendenz zeichnet sich ab: Statt die Herausforderungen hier zu bearbeiten, gehen Unternehmen vermehrt den einfachen Weg und stellen Standorte und Beschäftigung in Deutschland in Frage. Sie wollen sich um die Transformation herummogeln!

In den Mittelpunkt stellen sie Kostenoptimierung und Gewinnmaximierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das **Betriebsverfassungsgesetz** sagt klipp und klar:

„Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen **zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs** zusammen.“

Das kann ich bei vielen Arbeitgebern nicht mehr erkennen!

Dagegen schauen wir längst nicht mehr auf die Verteilung von Gewinnen.

Wir schauen auf Investitionen, Lieferketten, Märkte, neue Geschäftsmodelle – wir kümmern uns mit, dass die Bedingungen für die Produktion stimmen.

Selbst diese Verantwortung schiebt der moderne Manager heute ab.

Viele haben seit Jahrzehnten nichts dazugelernt. Sie machen das, was man ihnen mal im BWL-Studium eingetrichtert hat. Kosten runterfahren, selbst wenn es die Zukunft des Betriebs kostet.

Nicht mit uns, Kolleginnen und Kollegen!

Das macht unsere Betriebe und Branchen kaputt! Das ist aktiv betriebene Deindustrialisierung durch Vorstände und Geschäftsführer.

Viele Arbeitgeber und ihre Verbände fahren derzeit die üblichen Geschütze gegen den Standort Deutschland auf: Sie fordern Deregulierung, vor allem bei der Arbeitszeit, mehr Flexibilität, den Abbau von Bürokratie und so weiter.

Die Arbeitgeber greifen in ihre neoliberale Mottenkiste! Sie wollen heutige Herausforderungen mit den Werkzeugen begegnen, die schon in den 1980er Jahren nicht funktioniert haben!

Das machen wir nicht mit! Wir wollen die Industriegesellschaft von morgen gestalten – und die verlieren sich Kostenoptimierung!

Dazu auch eine **Botschaft an die Beschäftigten**: Anspruch auf unsere Tarifverträge haben NUR unsere Mitglieder. Trittbrettfahren führt zur Schwächung von betrieblicher Durchsetzungsfähigkeit. Also macht mit! Tretet den Gewerkschaften bei!

Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen für **Demokratie in Betrieb und Gesellschaft**. Nicht vergessen: Nächstes Jahr sind Betriebsratswahlen. Da müssen wir unterstreichen, was Demokratie im Betrieb ist.

- 6,3 Millionen Menschen ohne deutschen Pass sind hier sozialversicherungspflichtig beschäftigt – das sind 14,7 Prozent aller Erwerbstätigen.
- Seit 2011 hat sich die Zahl ausländischer Erwerbstätiger von 3,1 Millionen auf 6,3 Millionen mehr als verdoppelt.
- Schon 2023 waren es ausländische Arbeitskräfte, die den Rückgang der deutschen Beschäftigten kompensiert haben.

Das zeigt: **Ohne Zuwanderung bleiben in vielen Branchen Stellen unbesetzt** – im Handwerk, in der Pflege, im öffentlichen Nahverkehr, in der Gastronomie, in der IT-Branche oder im Ingenieurwesen.

Und mit der Verrentung der Babyboomer wird diese Lücke noch größer. Besonders drastisch zeigt sich das im Gesundheitsbereich: Ohne ausländische Fachkräfte drohen uns massive Versorgungslücken.

Kolleginnen und Kollegen,

viele Menschen fühlen sich unsicher. **Wir haben so viel Wut in der Gesellschaft.**

Ich persönlich habe aber nicht erwartet, dass so viele Menschen den Rechtsextremen auf den Leim gehen.

Ich persönlich habe nicht erwartet, dass unsere Demokratie in Gefahr gerät, dass wir unsere Demokratie schützen müssen – vor Demokratiefeinden im eigenen Land, die mit der russischen Autokratie liebäugeln.

Es ist schon ein Treppenwitz der Geschichte, dass rechte Kreise früher Gewerkschafter und Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen, ja als Vaterlandsverräter beschimpft haben.

Wer verrät unsere Demokratie, unsere Werte, unsere Lebensweise, ja, wenn man so will, unser Land?

Es sind die Rechtsaußen und Faschisten, Kolleginnen und Kollegen!

Wir lassen uns unsere Demokratie nicht nehmen! Und wir werden mit Nazis nie unseren Frieden machen! Wir stehen für Respekt, Vielfalt, Teilhabe und Solidarität!

Kolleginnen und Kollegen,
auf was kommt es uns an?

Ich will dies in aller Kürze auf den Punkt bringen. Unser Dreisatz lautet:

1. Auf die Menschen kommt es an!
2. Wir brauchen wieder mehr MUT in diesem Land
3. Wir wollen gemeinsam handeln für eine bessere Zukunft!

Kolleginnen und Kollegen,

Ihr seid Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Ihr seid in Handel, Dienstleistung, Industrie oder beim Staat, Ihr seid Erzieher, Lehrerinnen und Pflegekräfte, Ingenieurinnen, Techniker, Entwicklerinnen, IT-ler.

Ihr seid die Lösung. Nur MIT euch wird es wieder bergauf gehen!

Wir brauchen in den Vorständen keine Sonnenkönige.

Wir brauchen Vorstände und Geschäftsführungen, die mutig vorangehen. Und nicht den Kopf verlieren bei Gegenwind.

Wir sagen ganz klar: **Wer den Wandel gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet, hat die Gewerkschaften als starken Partner!**

Wer stattdessen auf Stellenabbau und Verlagerung setzt, hat uns als erbitterten Gegner!

Alle Maschinen stehen stillt, wenn Dein starker Arm es will!

Mach Dich stark mit uns! Glück auf!